

Zeitschrift: Diskussion : Magazin für aktuelle Gewerkschaftspolitik
Herausgeber: Diskussion
Band: - (1988)
Heft: 5: Ökologie und Gewerkschaft

Artikel: Keine öffentliche Kontrolle
Autor: Koechlin, Florianne
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-584305>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

tionsanlagen geht die Verwissenschaftlichung der ArbeiterInnen einher. Insge- samt steigt das Qualifikationsniveau, der Angelernantenanteil nimmt sprunghaft ab. FacharbeiterInnen-Niveau wird zum Mindestniveau, Positionen mit mittlerem und hohem Bildungsabschluss wie technische Fachschulen, Hochschulen nehmen zu. Dabei kommt es zu einer Zunahme von Schichtarbeit – auch für AkademikerInnen.

Hier nützt es nichts, dem liebgewordenen Arbeiterbild nachzutrauen und zu hoffen, die neue Entwicklung mög- schen nicht so schnell kom- men. Wer stehenbleibt, bleibt zurück! Vielmehr müs- sen die Gewerkschaften of- fensiv Arbeitszeitverkürzun- gen und Weiterqualifizie- rungs-Massnahmen, am be- besten beides miteinander ge- koppelt, durchsetzen, damit die traditionell Beschäftigten nicht arbeitslos werden. Gleichzeitig heisst es: heran an die neuen Arbeitnehme- rInnen-Gruppen! Diese müs- sen aufgrund ihrer spezifi- schen Probleme, ihrer höhe- ren Bildung, ihrer betriebli- chen Unerfahrenheit und ge- werkschaftlichen Unorgani- siertheit auf die ihnen gemäs- se Art und Weise angespro- chen werden.

Das betriebliche Rationalisierungspotential wird sich nicht sofort bei der Einführung biotechnischer Verfahren entfalten, sondern in der anschliessenden Verfahrensverfeinerung. Auch ist das Rationalisierungspotential nicht nur betrieblich, sondern auch strukturell bedingt. Chemie-, Energie- und Nahrungsmit- telkonzerne steigen in die Biotechnologie ein; die klassische Aufteilung des Marktes für organische Verbin- dungen zwischen Chemie-, Energie- und Nahrungsmit- telkonzerne gerät ins Wan- ken, zum Beispiel werden derzeit Saatgutunternehmen

von Chemieunternehmen aufgekauft. Internationale Konzentrationsprozesse zeichnen sich ab.

Nach diesen Ausführun- gen dürfte klar sein, dass Bio- technologie keineswegs nur künstliche Befruchtung, Ma- nipulation des menschlichen Erbguts und somit ein Pro- blem von Frauen oder der Ethik ist. Vielmehr müssen sich die Gewerkschaften rechtzeitig auf die biotechni- schen Umwälzungen der Pro- duktion einstellen, je früher desto besser. Bei der Bio- technologie stehen wir noch nicht vor vollendeten Tatsa- chen. Hier können noch Handlungsspielräume zur Gestaltung der Technologie genutzt werden. Hierfür ist es aber notwendig, auch die hochqualifizierten Fachkräf- te zu gewinnen und deren Wissen mit gewerkschaftli- cher Organisiertheit und Kampfkraft zu verbinden. ■

KEINE ÖFFENTLICHE KONTROLLE

FLORIANNE KOECHLIN

Reproduktionstechniken und Gentechniken am Menschen sind heute im Mittelpunkt hef- tiger Auseinandersetzungen. Auf Bundesebene und in ein- zelnen Kantonen zeichnen sich gesetzliche Regelungen ab. Ganz anders bei den modernen Bio- und Gentechniken: Wer heute in der Schweiz auf die- sem Gebiet forscht, dem wird empfohlen, sich an die ameri- kanischen Richtlinien des NIH («National Institute of Health») zu halten. Die NIH-Richtlinien, die auch in Amerika gel- ten, wurden seit ihrer Entstehung 1975 mehrfach revidiert und Schritt für Schritt ent- schärft. Über die Einhaltung der Richtlinien wacht die «Interdisziplinäre Schweizerische Kommission für biologische Si- cherheit in Forschung und Technik» (SKBS). Die SKBS setzt sich aus VertreterInnen der Universitäten, der Indu- strie und der Verwaltung zu- sammen.

Die NIH-Richtlinien sind Empfehlungen, die keinen ver- bindlichen Charakter haben. «Forscht ein Laborteam, ohne sein Vorhaben wie vorge- schrieben bei der SKBS anzumelden oder bewilligen zu las- sen, oder hält es sich nicht an die Sicherheitsbestimmungen, drohen keine einschneidenden Sanktionen, keine Laborschliessungen, kein For- schungsverbot, sondern höchstens ‚Ächtung‘ durch die übrigen GenetikerInnen und mög- licherweise Schwierigkeiten bei der Bewilligung von Geldern», so der Jurist Christoph Keller. «Je bahnbrechender aber die Forschungsergebnisse solcher jenseits der Sicherheitsbestim- mungen durchgeföhrter Experi- mente sein werden, desto milde- r darf die Reaktion der For- schergemeinschaft ausfallen. Bekanntgewordene Fälle belegen diese These.»

Die Eigenverantwortung wird gross geschrieben. Ge- setzliche Regelungen seien gar nicht nötig, betont auch der Präsident der SKBS, Professor Ralf Hütter: Die Schweiz sei so klein, dass jeder jeden kenne. Und ausserdem bestehe ein «Gentleman Agreement», ein Prinzip der «good practice» –

und wie bei Kunstfehlern beim Arzt gilt: Jeder Fehler muss erst nachgewiesen werden.

Damit auch die staatliche Le- gitimation nicht fehlt, wurde 1986 vom Bundesrat eine «Koordinationsstelle der Bewil- ligungsverfahren für die An-wendung von DNA-Organismen» ins Leben gerufen. Die Kommission übernimmt Koordi- nationsaufgaben und fasst für den Bereich Gentechnologie Beschlüsse, die auf die beste- henden gesetzlichen Bestim- mungen abgestützt werden. Die Koordinationsstelle arbeitet mit der SKBS eng zusammen; ihr Vorsitzender Eric Joseph ist sel- ber Mitglied der SKBS.

Das Bild aus wissenschaftli- cher und staatlicher Harmonie und Kompetenz scheint als vor- dringliche Aufgabe die Beruhigung einer aufgeschreckten Öf- fentlichkeit wahrzunehmen. Wir haben mit den SKBS-Mit- gliedern Ralf Hütter und Ingo Potrykus gesprochen: Beide be- tonen sie, dass die Gefahren der modernen Bio- und Gentechniken heute weit überschätzt wür- den. «Mit hundertprozentiger Sicherheit lässt sich natürlich nichts voraussagen. Sie sind ja auch mit dem Auto oder mit dem Zug nach Zürich gefahren und haben nicht gewusst, ob Sie heil ankommen», meint R. Hüt- ter. Und I. Potrykus doppelt nach: «Wo können Sie sich in Ihrer Phantasie vorstellen, dass bei genetisch manipulierten Pflanzen eine Gefahr bestünde? Generell besteht das Problem, dass im Moment ein wenig zu viel Science-Fiction Mode ist, was dazu führt, dass man sich in dem Bereich zu sehr und zu schnell Angst machen lässt.»

«Wir sind allein für die natur- wissenschaftliche Verantwor- tung zuständig, unsere Fähig- keiten liegen dort. Daneben gibt es noch politische, ethische und rechtliche Probleme. Mit den ju- ristischen Problemen sollen sich die Juristen befassen», so R. Hütter. Den Einbezug weiterer, auch kritischer Kreise in die Entscheidungsgrundlagen der SKBS lehnt er strikte ab: «Eine demokratische Mitbestimmung wäre mir in diesem Gremium suspekt; diese würde dann poli- tisch, nicht mehr fachlich.» ■

